

Betreff:**Fällung von Straßenbäumen in der Bismarckstraße****Organisationseinheit:**Dezernat VIII
67 Fachbereich Stadtgrün**Datum:**

23.10.2025

BeratungsfolgeStadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur
Kenntnis)**Sitzungstermin**

05.11.2025

Status

Ö

Sachverhalt:

Die Verwaltung kann Folgendes mitteilen:

Aus Verkehrssicherungsgründen müssen mehrere Bäume in der Bismarckstraße gefällt werden. Bei den Bäumen wurde in den vergangenen Jahren im Rahmen der regelmäßigen Baumkontrollen eine fortschreitend abnehmende Vitalität festgestellt, die nunmehr die Verkehrssicherheit beeinträchtigt.

Im Verlauf des Monats Oktober 2025 werden insgesamt sechs Straßenbäume gefällt. Ersatzpflanzungen sind für den Herbst 2025 vorgesehen.

Während der Fällarbeiten kann es zeitweise zu geringfügigen Beeinträchtigungen des Verkehrs in den betreffenden Straßenzügen kommen.

Loose

Anlage/n:

Keine

Betreff:

Prüfauftrag - Aufbringung eines Fahrradschutzstreifens auf der Kastanienallee

Organisationseinheit:

Dezernat III

66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

23.10.2025

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

05.11.2025

Status

Ö

Sachverhalt:

Beschluss des Stadtbezirksrates (geändert) vom 13.08.2025 (Anregung gem. § 94 Abs. 3 NKomVG):

Wir bitten die Verwaltung zu prüfen, ob es möglich ist, im Zuge der Umgestaltung der Kastanienallee zusätzlich rote Fahrradschutzstreifen *oder eine Piktogrammkette* auf der Fahrbahn aufzubringen, damit die neue Situation allen Verkehrsteilnehmenden sofort ins Auge sticht.

Stellungnahme der Verwaltung:

Eine Verkehrsbeobachtung der Verwaltung mit der Polizei im Oktober hat ergeben, dass weiterhin Radfahrende die geänderte Verkehrsführung nicht vollständig wahrnehmen und fälschlicherweise die markierten Fußwege nutzen. Um die neue Regelung deutlicher zu machen und die Verkehrssicherheit zu erhöhen, erscheinen zusätzliche visuelle Hinweise auf der Fahrbahn, die auf die Nutzung durch Radfahrende hinweisen, angemessen.

Eine Markierung von Fahrradschutzstreifen in der Kastanienallee ist rechtlich nicht möglich, da die verbleibende (Kfz-) Fahrbahn die geforderte Mindestbreite unterschreiten würde.

Die Verwaltung wird die Anregung des Stadtbezirksrates aufnehmen und das Aufbringen einer Piktogrammkette auf der Fahrbahn beauftragen. Die Umsetzung ist Abhängig von der Witterung und der Auslastung des zu beauftragenden Dienstleisters, so dass noch kein Ausführungszeitraum benannt werden kann.

Hornung

Anlage/n:

keine

Betreff:**Tempo 30 im Osten der Jasperallee**

Organisationseinheit:

Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr

Datum:

28.10.2025

Beratungsfolge

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur Kenntnis)

Sitzungstermin

05.11.2025

Status

Ö

Sachverhalt:**Beschluss vom 5. März 2025 (Anregung gemäß § 94 Abs. 3 NKomVG):**

Die Verwaltung wird beauftragt, die streckenbezogene Tempo-30-Regelung, die bereits auf der Herzogin-Elisabeth-Straße existiert, auf den östlichen Teil der Jasperallee zwischen Herzogin-Elisabeth-Straße und Wilhelm-Bode-Straße auszuweiten.

Stellungnahme der Verwaltung:

An dem in Frage stehenden Streckenabschnitt, der zwischen den beiden Teilen des Stadtparks liegt, befinden sich eine Elternhaltestelle, je Fahrtrichtung eine Bushaltestelle sowie ein Begegnungszentrum. Das hat zur Folge, dass Personen unterschiedlichen Alters den in Rede stehenden Bereich, auch unabhängig der gesicherten Querungsmöglichkeit, wechseln.

Die Kombination dieser Faktoren bildet eine Grundlage für die Anordnung einer Geschwindigkeitsreduzierung in dem beschriebenen Bereich. Die Verwaltung hat angeordnet die Geschwindigkeit streckenbezogen auf 30 km/h reduzieren.

Leuer

Anlage/n:

keine

Betreff:
**Einrichtung einer provisorischen Beleuchtung auf dem
Ringgleisweg am Bahnübergang Grünwaldstraße**
*Organisationseinheit:*Dezernat III
61 Fachbereich Stadtplanung und Geoinformation*Datum:*

05.11.2025

*Beratungsfolge*Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur
Kenntnis)*Sitzungstermin*

05.11.2025

Status

Ö

Sachverhalt:

Zum Antrag 25-26433 vom 05.09.2025 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Der Verwaltung ist der Sachverhalt bereits bekannt.

Bis zum Sommer 2026 wird der neue Jugendplatz am Giesmaroder Bahnhof fertiggestellt sein. Im Zuge dieser Umgestaltung wird auch der Vorplatz des Bahnhofs mit einer Beleuchtung versehen. Leider stehen derzeit keine Haushaltsmittel zur Verfügung, um den Bereich vom Bahnhofsvorplatz bis zur Grünwaldstraße ebenfalls zu beleuchten. Auch für eine provisorische Beleuchtung stehen keine Haushaltsmittel zur Verfügung.

Das Problem eines potenziellen Angstraumes wird auch seitens der Verwaltung gesehen. Allerdings rechtfertigt bzw. bedingt eine Umleitung keine Beleuchtung, da eine Umleitung lediglich eine Empfehlung darstellt. Die Hochstufung eines Freizeitweges gibt es rechtlich betrachtet nicht.

Eine Verbesserung der Situation wird jedoch ab Ende November 2025 erwartet, wenn die parallel zu diesem Ringgleisabschnitt liegende, beleuchtete Böcklinstraße wieder frei passier- und befahrbar sein wird.

Ungeachtet der vorgenannten Rahmenbedingungen, befindet sich der fragliche Abschnitt des Ringgleises größtenteils im Eigentum der Deutschen Bahn, sodass die Stadt Braunschweig nicht ermächtigt wäre, über eine Beleuchtung zu entscheiden.

Schmidbauer

Anlage/n:

keine

*Absender:***SPD-Fraktion im Stadtbezirksrat 120****25-26649**
Antrag (öffentlich)*Betreff:***Gehwegparken im Kurvenbereich der Jasperallee Ecke Herzogin-Elisabeth-Straße***Empfänger:*Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister*Datum:*

15.10.2025

*Beratungsfolge:*Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet
(Entscheidung)

05.11.2025

Status

Ö

Beschlussvorschlag:

Wir beantragen, das Befahren des Gehwegs / das Parken auf dem Gehweg im Kurvenbereich Jasperallee / Herzogin-Elisabeth-Straße durch geeignete bauliche Maßnahmen wie z.B. das Setzen von Pollern zu unterbinden.

Außerdem beantragen wir, auf dem Gehweg im genannten Kurvenbereich feste Fahrradabstellanlagen zu errichten, um den Besuchern vom Wochenmarkt bzw. von anderen Veranstaltungen entsprechende Abstellmöglichkeiten zu bieten.

Sachverhalt:

Seit längerer Zeit fällt auf, dass der Gehweg im Kurvenbereich Jasperallee / Herzogin-Elisabeth-Straße teilweise massiv durch PKW befahren wird, die dort parken. Dies geschieht besonders zu Zeiten des Wochenmarktes Herzogin-Elisabeth-Straße oder auch bei Veranstaltungen von nahegelegenen Lokalitäten oder Sportvereinen.

Durch das Parken wird teilweise auch die dort gelegene Querung der Jasperallee für Fußgänger erschwert, weil durch die parkenden Autos die Sichtbeziehungen verschlechtert werden. Dies betrifft insbesondere Kinder, Senioren und mobilitätseingeschränkte Personen.

Anlage/n: Fotos







Absender:
Schramm, Ingo

25-26696
 Anfrage (öffentlich)

Betreff:

Ist die Brücke am Griesmaroder Bahnhof marode?

Empfänger:
 Stadt Braunschweig
 Der Oberbürgermeister

Datum:
 20.10.2025

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur Beantwortung)

05.11.2025

Status
 Ö

Sachverhalt:

Die Brücke über der Straßenbahnlinie und den Nebenanlagen am Griesmaroder Bahnhof ist baufällig und muss saniert werden. Die Widerlager der Brücke sind wahrscheinlich in einem maroden Zustand. Es soll Diskussionen über die Breite der Unterführung geben. Vom Betreiber der Brücke wurde angeregt, die Unterführung breiter zu gestalten, während die Stadt eine schmalere Durchgangsbreite bevorzugt. Die Kosten sollen für beide Lösungen identisch sein.

Vor diesem Hintergrund fragt die FDP im Bezirksrat Östliches Ringgebiet:

1. Wann soll die Unterführung unter den Eisenbahnschienen erneuert werden?
2. Warum soll es keinen weiteren Platz (Verbreiterung der Brücke) für Fußgänger und Fahrradfahrende geben?
3. Was bedeutet die Brückensanierung für die Verkehre, die momentan unter der Brücke geführt werden: Tram, Fahrräder und Fußgänger?

Anlagen: keine

Absender:

**Gruppe Die LINKE. / Die PARTEI / BIBS
im Stadtbezirksrat 120**

25-26434
Anfrage (öffentlich)

Betreff:

**Widersprüche im Hinblick auf die Schließzeiten des Bahnübergangs
Grünwaldstraße**

Empfänger:
Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister

Datum:
05.09.2025

<i>Beratungsfolge:</i> Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur Beantwortung)	24.09.2025	<i>Status</i> Ö
---	------------	--------------------

Sachverhalt:

In Bienrode wurde bei einem Verkehrsunfall die alte Bahnübergangstechnik irreparabel zerstört. Weil das so plötzlich und unerwartet geschah, gehen wir davon aus, dass noch keine Schrankenplanungen beim Eisenbahnbusdesamt (EBA) eingereicht wurden. Es muss dort aber jetzt eine neue Technik (Schranken- und Straßenampeln) eingebaut werden, d.h. es gibt ebenfalls einen Technologiewechsel. Dort soll aber laut Pressemitteilung bereits im nächsten Jahr eine Schrankenanlage eingebaut und in Betrieb genommen werden.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem EBA den folgenden Widerspruch zu klären:

Warum werden beim Bahnübergang Grünwaldstraße ca. fünf Jahre veranschlagt, wobei der Umbau in Bienrode aber so viel schneller gehen soll?

Gez.
Hanna Märgner-Beu

Anlagen: keine

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

25-26434-01**Stellungnahme
öffentlich***Betreff:***Widersprüche im Hinblick auf die Schließzeiten des Bahnübergangs
Grünwaldstraße**

<i>Organisationseinheit:</i> Dezernat III 66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr	<i>Datum:</i> 05.11.2025
--	-----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>	<i>Sitzungstermin</i>	<i>Status</i>
Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur Kenntnis)	05.11.2025	Ö

Sachverhalt:

Zur Anfrage der Gruppe Die Linke/Die Partei/BIBS vom 05.09.2025 wird wie folgt Stellung genommen:

Das Eisenbahnbusdnesamt (EBA) ist nicht geeignet, die aufgeworfene Frage nach den unterschiedlichen Zeitabläufen für Bahnübergangs-Baumaßnahmen zu beantworten. Bereits bei vorhergehenden Anfragen (vgl. DS 25-26380-01) hat das EBA erläutert, dass es lediglich für die Anforderungen an die öffentliche Sicherheit zuständig ist und die Stadt nicht bei der fachlich-inhaltlichen Beantwortung von Fragen zu BÜ-Maßnahmen unterstützen kann.

Dies vorausgeschickt hat die Verwaltung die Frage zur Beantwortung an die DB InfraGO weitergegeben, die diese wie folgt beantwortet:

„Solange nicht alle Randbedingungen bzw. Grundlagen beim BÜ Grünwaldstraße geklärt sind, müssen wir seitens der DB InfraGO mit einem Standardterminplan für eine vollständige Planung und Umsetzung für einen hier vorliegenden Bahnübergang rechnen. Solange nicht vollständig geklärt ist, welche Planungsschritte oder Verfahren beschleunigt werden können oder ggf. sogar entfallen, müssen wir davon ausgehen, dass alle Prozessschritte an diesem Übergang Anwendung finden müssen.“

Des Weiteren befanden sich die Bahnübergänge Bienrode bereits länger in einer Planung und damit auch in fortgeschrittenen Planungsphasen. Der Havariefall hat hier lediglich die technischen Randbedingungen in einigen Belangen verändert, allerdings konnte auf bestehende Planungsgrundlagen aufgesetzt werden. Auch hier sei noch einmal darauf verwiesen, dass der Bahnübergang Grünwaldstraße erst auf Grund eines Bürgerbegehrens zu einem Verwurf der zuvor abgestimmten Variante geführt hat. Eine vollständige Neuplanung ist erst durch diesen neuen Sachverhalt erforderlich geworden, da die zuvor abgestimmte Lösung einer Unterführung nicht mehr umgesetzt werden durfte.
Danke für Ihr Verständnis.“

Leuer

Anlage/n:

keine

Absender:**Frakt. B90/Grüne im Stadtbezirksrat
120****25-26459****Anfrage (öffentlich)****Betreff:****Anfrage zur Umsetzung des Ergebnisberichts "Systematische Befahrung und Analyse des Radverkehrsnetzes Braunschweig"****Empfänger:**Stadt Braunschweig
Der Oberbürgermeister**Datum:**

11.09.2025

Beratungsfolge:

Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur Beantwortung)

24.09.2025

Status

Ö

Sachverhalt:

Im Ergebnisbericht „Systematische Befahrung und Analyse des Radverkehrsnetzes Braunschweig“ vom November 2024 wurden im Stadtbezirk 120 im Bereich Furtmarkierungen auf 12 Straßen/Kreuzungen Mängel festgestellt, deren Beseitigung laut Bericht mit „sehr hohe Priorität“ erfolgen sollte.

Weiterhin wurden im Stadtbezirk 120 insgesamt 6 km Radwegeinfrastruktur genannt, auf denen Handlungsbedarf mit hoher Priorität besteht.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Verwaltung:

- (1) Welche dieser Mängel wurden bereits behoben?
- (2) Wann werden die verbleibenden Mängel behoben?
- (3) Welche Maßnahmen sind der Verwaltung möglich, um bis zur Beseitigung der Mängel eine Gefahrensituation insbesondere an den Furten zu vermeiden?

Anlagen:

Keine

Betreff:

Anfrage zur Umsetzung des Ergebnisberichts "Systematische Befahrung und Analyse des Radverkehrsnetzes Braunschweig"

Organisationseinheit:Dezernat III
66 Fachbereich Tiefbau und Verkehr**Datum:**

07.10.2025

Adressat der Mitteilung:Stadtbezirksrat im Stadtbezirk 120 Östliches Ringgebiet (zur Kenntnis)
Mitteilungen außerhalb von Sitzungen (zur Kenntnis)**Sachverhalt:**

Zur Anfrage der Fraktion B90/Grüne vom 11.09.2025 wird wie folgt Stellung genommen:

Die Einteilung der Furten im Ergebnisbericht (DS 24-24574) in verschiedene Prioritäten erfolgte in erster Linie auf Grundlage der StVO-Konformität der Furten. Es geht dabei nicht um eine Gefährdungslage. Deshalb wurde nur für die Kategorie „*sehr hohe Priorität*“ betrachtet, ob es an der entsprechenden Stelle in der Vergangenheit zu einem Unfall gekommen ist. Ob es sich dabei um ein infrastrukturelles Problem oder ein möglicherweise auch auf bewusstes Fehlverhalten zurückzuführendes Ereignis handelte, wurde nicht bewertet.

Der im Bericht genutzte Begriff „Unfallauffälligkeit“ ist nicht gleichzusetzen mit einer Unfallhäufung oder einer Unfallhäufungsstelle. In den genannten Bereichen geht die Teilnahme am Straßenverkehr daher nicht über das allgemeine Lebensrisiko hinaus.

Bereiche, die eine sogenannte Unfallhäufungsstelle (UHS) darstellen, werden unabhängig vom Bericht unmittelbar von der Unfallkommission betrachtet und somit vorrangig bearbeitet.

Der Bericht gibt anhand einer ersten Einschätzung eine erste Maßnahmenempfehlung. Eine punktuelle Einzelfallprüfung jeder Maßnahme bleibt davon unberührt und ist auch unumgänglich.

Die Reihenfolge der Bearbeitung und Abarbeitung der Maßnahmen findet unter Berücksichtigung vieler weiterer Kriterien statt. Sowohl im Rahmen der laufenden Straßenunterhaltung als auch bei der Planung konkreter Straßenbauprojekte werden die Daten aus der Netzanalyse herangezogen, um die erhobenen Defizite entweder im Kontext konkreter Maßnahmen oder aber im laufenden Betrieb beheben zu können.

Dies vorausgeschickt beantwortet die Verwaltung die Anfrage wie folgt:

Zu 1. bis 3.:

Beispielhaft für umgesetzte Maßnahmen im Stadtbezirk 120 sind die Einrichtung der Fahrradstraße auf der Helmstedter Straße sowie der Knotenpunktumbau Hagenring/Schunterstraße/Wabestraße. Darüber hinaus wurde die Radverkehrssituation auf der Kastanienallee angepasst.

Die Verwaltung wird die Strecken und die Furten im gesamten Stadtgebiet weiter sukzessive

bewerten und im Rahmen der vorhandenen Ressourcen bearbeiten. Eine konkrete Aussage zum Zeitpunkt der vollständigen Beseitigung sämtlicher Mängel kann nicht getroffen werden.

Interimsmaßnahmen sind nicht vorgesehen und auch nicht erforderlich, so lange die Verkehrssicherheit gewährleistet ist.

Wiegel

Anlage/n: keine